Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 82.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtiger Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 52 — Mittwoch, den 2. März 1932 — 27. Jahrgang

Die Verhandlungen in Genf

Die deutsche Gleichberechtigung

Genf, 29. Februar. Die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz soll, wie von französischer Seite behauptet wird, in den Besprechungen zwischen Tardieu und Nadolny am Montagvormittag in Genf eingehend behandelt worden sein. Von französischer Seite wird anscheinend versucht, diese grundsätzliche Frage zum Gegenstand einer Diskussion im Allgemeinen Politischen Ausschuß zu machen. Deutscherseits wird man, wie erklärt wird, einer solchen Aussprache, sofern sie sich aus dem Verlaufe der allgemeinen Beratungen ergeben sollte, nicht ausweichen, dabei wird aber betont, daß die Gleichberechtigung eine selbstverständliche Voraussetzung für die Verhandlungen sei, die sich aus den Satzungen des Völkerbundes für alle Teilnehmerstaaten der Konferenz ergäbe und daß die Gleichberechtigung materiell mit den weiteren Beratungen der Konferenz über die Festsetzung der Rüstung verbunden werden müsse.

Genf, 29. Februar. Mit dem Eintreffen des französischen Ministerpräsidenten Tardieu in Genf haben sofort wieder die privaten Besprechungen der Hauptabgesandten über die grundsätzliche Frage der Abrüstungskonferenz eingesetzt. Tardieu, der am Montagabend schon wieder nach Paris zurückkehren will, hat mit den Delegationsführern sämtlicher Großmächte, auch mit dem deutschen Botschafter Nadolny, Fühlung genommen, der seinerseits außerdem den italienischen Außenminister Grandi in einer längeren Aussprache traf. Zweck dieser Besprechungen ist, das Programm für die Ausschußberatungen festzulegen.

Die Vorschläge des Völkerbundsrates

für die Konferenz von Schanghai

Genf, 29. Februar. Der Vorschlag des Völkerbundsrates besagt im einzelnen:

Die nach Schanghai einzuberufende Konferenz hat die endgültige Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung des Friedens in der Gegend von Schanghai zum Ziel. Verhandlungsgrundlage wäre

1. Japan hat nicht beabsichtigt, noch beabsichtigt es in Zukunft, politisch oder territorial eine japanische Konzession in Schanghai zu errichten oder auf irgend eine andere Weise die ausschließlichen japanischen Interessen zu begünstigen.

2. China nimmt an der Konferenz teil unter der Annahme, daß die Sicherheit und Unversehrtheit der Internationalen Konzession und der französischen Konzession aufrecht erhalten bleibe in Anbetracht der Abmachungen, die diese Konzession und ihre Bewohner gegen jede Gefährdung sichern.

Die Einberufung dieser Konferenz geschieht unter der Voraussetzung, daß an Ort und Stelle Abmachungen über die Einstellung der Feindseligkeiten getroffen werden. Der Völkerbundsrat rechnet darauf, daß die militärischen und zivilen Behörden der anderen in Schanghai vertretenen Mächte diesen Abmachungen ihren Beistand verleihen. Der Völkerbundsrat konnte noch zu keiner formellen Beschlußfassung über diesen von Paul Boncour vorgesehenen Plan gelangen, da im Gegensatz zu Vertretern der übrigen Mächte der japanische Delegierte noch keine endgültige Zustimmung erteilen konnte.

Der japanische Delegierte Sato erklärte, er nehme den Plan an, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Regierung. Der chinesische Delegierte Yen gab ein Telegramm seiner Regierung bekannt, wonach diese den vom englischen Admiral Kelly gemachten Vorschlag zur gegenseitigen Zurückziehung der Truppen zweckmäßig und annehmbar findet.

Der deutsche Delegierte, Freiherr von Weizsäcker, begrüßte die Erklärung der verschiedenen Ratsmitglieder und die Möglichkeit der Einstellung der Feindseligkeiten. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen unter der wertvollen Mitwirkung der in Schanghai besonders interessierten Mächte zu einem baldigen Erfolge führen werden. Paul Boncour betonte, daß die Ausführung des von ihm vorgeschlagenen Planes zunächst einmal von der Einstellung der Feindseligkeiten abhängig sei. Die heute vom britischen Außenminister gemachten Mitteilungen über die Mitarbeit der Vereinigten Staaten in Schanghai werden bestätigt durch ein Schreiben des amerikanischen Gesandten Wilson an den Generalsekretär des Völkerbundes, worin mitgeteilt wird, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gern die Gelegenheit ergreife, sich den Bemühungen der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens anzuschließen.

Der Wahlkampf

Aufruf der Deutschen Volkspartei zur Wahl Hindenburgs

Berlin, 29. Februar. Reichsausschuß und Parteivorstand der Deutschen Volkspartei erlassen zur Reichspräsidentenwahl einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Wiederum aus höchster vaterländischer Pflicht stellt sich Hindenburg auf den Ruf von Millionen der besten Deutschen aus allen Kreisen für eine neue Wahlperiode zur Verfügung. Für die Deutsche Volkspartei, die ihn schon 1925 mit auf den Schild gehoben, gibt es keine andere Parole als die unbedingte Treue und Gefolgschaft. Kein Besserer, kein Würdigerer kann das höchste Vertrauensamt des Volkes bekleiden als der ruhmreiche Heerführer, den heute das einmütige Urteil des Volkes den Vater des Vaterlands nennt. Die Deutsche Volkspartei erstrebt als Gegengewicht gegen die demokratische Parlamentsherrschaft eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten. Wer dem Reichspräsidenten Bedingungen für die Führung seines Amtes vorschreiben will, schwächt seine verfassungsmäßige Stellung und zieht ihn in die Niederungen des Parteikampfes herab. Die Deutsche Volkspartei setzt ihre ganze Kraft ein, um seine Wiederwahl zu erreichen als ein Symbol der Zusammenfassung der Kräfte für die Sicherung des inneren und äußeren Wiederaufstieges der deutschen Nation.

Wahlaufruf der Eisernen Front

Berlin, 29. Februar. Die Reichskampfleitung der Eisernen Front veröffentlicht unter der Parole „Wir schlagen Hitler!" einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es heißt: Alle Gliederungen der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen. Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Duesterberg darf Reichspräsident werden, auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalthaber, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt verfah, darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigemacht werden. Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front, aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler, jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler! Darum entscheidet sich die Eiserne Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler!

Der Deutsche Arbeiterbund für Hindenburg

Dresden. Der Deutsche Arbeiterbund, der am Sonntag hier eine aus allen drei sächsischen Wahlkreisen stark besuchte Bundesvorstandssitzung abhielt, faßte eine Entschließung, in welcher der Aufruf des Grafen Westarp zu Gunsten der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg begrüßt wird. Der Bund wird in diesem Sinne mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aktiv in den Wahlkampf eingreifen.

Der 5. „Kandidat"

Auch Betriebsanwalt Winter will Reichspräsident werden

Berlin, 1. März. Nach den bisherigen Anmeldungen für die Reichspräsidentenwahl wird außer den bisher genannten Kandidaten von Hindenburg, Thälmann, Hitler und Duesterberg als Fünfter der sogenannte Betriebsanwalt Gustav Winter aus Großjena bei Naumburg der sich gegenwärtig in der Landesstrafanstalt befindet, kandidieren. Gustav Winter ist der Mann der rot gestempelten Tausendmarkscheine, der die Rettung Deutschlands durch eine Bank- und Börsenreform verkündet. Die notwendigen Unterschriften, und zwar 35 000, sind für ihn beigebracht worden. Sie sind vor allem in Hamburg, München und in Sachsen gesammelt worden.

Hitlers Brief

Berlin, 29. Februar. Der Reichspräsident hat das Schreiben Adolf Hitlers, das gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr im Bureau des Reichspräsidenten eingegangen ist, nach Kenntnisnahme zur Prüfung der darin enthaltenen Beschwerden dem Reichsinnenministerium des Innern zugeleitet.

Wenn eine Beantwortung dieses Schreibens erfolgt, so wird dies nunmehr nicht durch den Reichspräsidenten, sondern durch den Reichsinnenminister geschehen.

In der Oeffentlichkeit ist besonders der Umstand kritisiert worden, daß dieses Schreiben von Hitler der ausländischen Presse bereits zur Verfügung gestellt wurde, noch ehe der Reichspräsident überhaupt in seinem Besitze war. Von nationalsozialistischer Seite wird dazu heute eine Meldung verbreitet, das Schreiben sei am Sonntag mittag 12 Uhr im Büro des Reichspräsidenten übergeben worden, und um 1 Uhr habe der Empfang der ausländischen Presse bei Hitler stattgefunden. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, daß der Brief erst am Sonntag nachmittag in der sechsten Stunde im Büro des Reichspräsidenten abgegeben worden ist.

London, 29. Februar. In seiner Unterredung mit den ausländischen Pressevertretern, denen er seinen Brief an den Reichspräsidenten v. Hindenburg erläuterte, erklärte Adolf Hitler, wie Daily Expreß ergänzend berichtet, unter anderem noch: Er protestiere aufs schärfste gegen die Auffassung, daß eine Machtergreifung durch ihn und seine Partei in irgendeiner Weise die guten Beziehungen zwischen Deutschland und auswärtigen Mächten schädigen würde. Im Gegenteil sei es sein fester Glaube, daß diese Beziehungen sich dann verbessern würden, daß seine Wahl in keiner Weise den Weltfrieden gefährden würde, ausgenommen natürlich, wenn irgendein Staat absichtlich seine Wahl als eine Herausforderung und eine Gefahr zu betrachten wünsche.

Polnische Frechheit!

Die Danzig-Polnischen Kontingent-Verhandlungen

Danzig, 1. März. Nach einer Mitteilung der Pressestelle des Senats sind die Kontingent-Verhandlungen zwischen Danzig und Polen gescheitert, da die polnische Delegation trotz weitestgehenden Entgegenkommens Danzigs unannehmbare Forderungen stellte, die darin gipfelten, daß Danzig jedes Eigenrecht in Bezug auf die Danziger Handels- und Industriekontingente aufgeben solle. Die polnische Delegation hat weiter erklärt, daß sie im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen weder die Kontrolle einschränken noch aufgeben werde.

Diskontsenkung in Litauen

Kowno, 29. Februar. Die Bank von Litauen hat ihren Diskontsatz von 8½ auf 7½ Prozent vom 1. März ab gesenkt.

Das englische Einfuhrzollgesetz in Kraft getreten

London, 29. Februar. Nachdem, wie bereits gemeldet, die Einfuhrzollvorlage in später Abendstunde vom Oberhaus endgültig angenommen worden ist, erhielt sie die Unterschrift des Königs und ist damit offiziell in Kraft getreten.

Die Schlacht um Schanghai

Schanghai, 29. Februar. Wie verlautet, sollen die vom britischen Admiral Kelly vermittelten japanisch-chinesischen Besprechungen ohne Ergebnis geblieben sein, da die Japaner ihre Forderung aufrecht erhalten. Man hofft jedoch, daß die Besprechungen bald wieder aufgenommen werden.

Schanghai, 29. Februar. Nach amtlichen japanischen Berichten ist es einem japanischen Infanteriebataillon und einer Abteilung Marineschützen gelungen, das chinesische Krankenhaus der Baptistenmission und die Hälfte des Nordfriedhofes von Schapei zu besetzen.

Die Chinesen halten ihre Stellungen bei Schapei

Schanghai, 29. Februar. Die Japaner unternahmen seit heute früh drei von Artillerie und Fliegern unterstützte Angriffe auf Schapei, aber die Chinesen erober-